

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Südafrika

20. Oktober bis 30. November 2003

**The hands that work the soil feed the soul.**  
**Die Bodenreform in Südafrika – gelungenes Konzept**  
**oder Stückwerk?**

Von Simone Utler

Südafrika vom 20.10. – 30.11.2003



# Inhalt

1. Zur Person	702
2. Wunden der Apartheid heilen und Armut bekämpfen	702
3. Exzellente in der Theorie	704
4. Ein Scheck als Wiedergutmachung	705
5. Bezirk mit Symbolkraft	707
6. Meetings bis zur Bewegungslosigkeit	709
7. Seltene Erfolge	711
8. Traditionelle Strukturen im ehemaligen Homeland	713
9. Das Risiko alles zu verlieren	716
10. Ohne Strom, Wasser und Zufahrtswege	717
11. Die Extremen unter den Landlosen	719
12. Angst vor Überfällen und Besetzern	720
13. Eigeninitiative statt Komplettpaket	722
14. Hilfe aus dem Ausland	723
15. Private Initiativen	725
16. Fazit	727

## 1. Zur Person

Simone Utler, geboren am 11.9.1974, Studium Geschichte, Englisch und Staatsrecht an den Universitäten in Gießen und Köln. 2002/03 Berliner Journalisten-Schule. Während des Studiums freie Mitarbeit für diverse Tageszeitungen und Magazine (Süddeutsche Zeitung, Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger, UNICUM), Auslandspraktika bei Independent Television News (ITN) in London und Reuters in Toronto. Seit Januar 2004 freie Mitarbeiterin bei NDR Info Programmgruppe Gesellschaft und Bildung in Hamburg.

## 2. Wunden der Apartheid heilen und Armut bekämpfen

Es war mitten in der Nacht. Die Kinder schrakten hoch von dem unbekanntem Lärm und rannten zur Tür. Ein Bulldozer rollte auf das Haus der Nachbarn zu, vor dem eigenen Haus standen Lastwagen, auf die fremde Männer die Möbel räumten. Das war 1978, Mangaliso war damals acht Jahre alt. Doch er kann sich noch genau an diese Nacht erinnern. Das war die Nacht, als seine Familie und all die anderen des Dorfes von ihrem Land vertrieben und zwangsumgesiedelt wurden. Das war die Nacht, in der sie nicht nur ihre Häuser und Gärten verloren, sondern auch die Gräber ihrer Ahnen und den Geist ihrer Gemeinschaft. Das war die Nacht, in der sie beraubt wurden, entwurzelt und gedemütigt.

Fast jeder schwarze Südafrikaner kann solch eine Geschichte über gewaltsame Umsiedlungen erzählen. Bis 1983 wurden in Südafrika mehr als 3,5 Millionen Schwarze und Farbige zwangsumgesiedelt. Der weitaus größte Teil unter den Gesetzen der Apartheid; doch der Grundstein dazu wurde schon früher gelegt, durch den Land Act von 1913. Damals wurde schwarzen Farmern ihr Land weggenommen, um weißen Siedlern Platz zu machen. Seit den 50er Jahren wurden Enteignungen und die Verbannung der Mehrheit der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung in so genannte Homelands zu einem Hauptmerkmal des Apartheidsystems.

Auch zehn Jahre nach dem Ende der Apartheid ist der für die Landwirtschaft geeignete Boden in Südafrika noch ungleichmäßig verteilt. Rund 60.000 Farmer besitzen den Großteil des Ackerbodens, 85 % von ihnen sind Weiße. Sie besitzen rund 80 Millionen Hektar Land. Nur 13 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens sind im Besitz von schwarzen Farmern, ca. 2 % besitzt der Staat. Und auch die damals aufgerissenen Wunden sind noch da. In den Herzen, in den Seelen. Die Bodenreform ist ein Versuch der Wiedergutmachung. Die südafrikanische Regierung möchte das Erbe

der Landenteignung durch Kolonialzeit und Apartheid aufheben und den Landbesitz proportional zur Bevölkerung verteilen. Eine Reform des Landrechts und der Landbesitzverhältnisse gehört daher zu den Hauptzielen der ANC-Regierung. 1996 wurde die Bodenreform in der Verfassung verankert und das Ministerium für Landfragen (Department of Land Affairs) mit der Durchführung beauftragt.

Doch geht es bei der Bodenreform nicht nur um Wiedergutmachung bei den Opfern der Apartheid, sondern auch um die Sicherung der Lebensumstände. Denn obwohl die seit 1994 demokratisch gewählte Regierung versucht, die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zu beheben, ist die breite Mehrheit der Bevölkerung noch immer sehr arm. Südafrika vereinigt die Merkmale reicher westlicher Industrienationen und ärmster Entwicklungsländer in einem Land. Nach dem Human Development Index liegt das Pro-Kopf-Einkommen getrennt nach weißer und schwarzer Bevölkerung für das weiße Südafrika auf dem 18. Platz, für das schwarze Südafrika hingegen nur auf dem 118. Armut zeigt sich besonders in Arbeitslosigkeit, die in den urbanen Zentren auf circa 40 %, in ländlichen Gebieten auf über 70 % geschätzt wird. Überproportional häufig betrifft sie Frauen. Drei Viertel der Armen leben in ländlichen Gebieten und konzentrieren sich aufgrund der ehemaligen Homeland-Struktur vor allem auf drei der insgesamt neun Provinzen: Eastern Cape, KwaZulu-Natal und Limpopo. Transferzahlungen von Migranten und Pensionszahlungen an die älteren Familienmitglieder sind vielfach die wichtigsten und häufig einzigen Einkommensquellen. Die Kriminalitäts- und Gewalttaten, insbesondere gegen Mädchen und Frauen, gehören zu den höchsten weltweit. Die Folgen von Aids treten immer massiver zutage und belasten vor allem arme Familien. Südafrika ist das Land mit der am schnellsten wachsenden HIV-Infektionsrate.

Die Notwendigkeit einer zügigen Landreform mit sichtbaren Ergebnissen und einer klaren Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum bekam durch die Entwicklung im Nachbarland Simbabwe eine zusätzliche Brisanz. Seit im Jahr 2000 in Simbabwe Schwarze die Farmen von Weißen illegal besetzt haben und somit die umstrittene Landreform von Simbawwes Präsident Robert Mugabe angestoßen wurde, hat der Staat viele weiße Farmer enteignet, viele wurden mit Gewalt von ihren Farmen vertrieben. Doch weil die meisten neuen Eigentümer weder Fachwissen noch Geräte oder Saatgut hatten und ohne die nötige Infrastruktur wie Straßen oder Schulen auf kleine Stückchen Land gesetzt wurden, zogen viele frustriert zurück in die Städte. Die enteigneten weißen Bauern zogen ins Ausland, hunderttausende Farmarbeiter wurden in die Arbeitslosigkeit gestürzt, die Landwirtschaft in dem einst reichen und fruchtbaren Land liegt brach, und die Produktivität Simbawwes ist seit der Jahrtausendwende auf ein Viertel gesunken. Darum

gilt in Südafrika als oberste Leitlinie: auf keinen Fall eine Situation wie in Simbabwe provozieren und die Reform nach Gesetz und Ordnung durchführen.

### 3. Exzellente in der Theorie

BELLVILLE. Sie gelten im ganzen Land als die Experten in punkto Bodenreform. Weiße Farmer und schwarze Arbeiter, Regierungsvertreter und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Kreditgeber und Rechtsanwälte – alle schätzen die Arbeit von Ruth Hall und ihren Kollegen von PLAAS. Das Programme for Land and Agrarian Studies ist an die University of the Western Cape in Bellville bei Kapstadt angegliedert und untersucht seit Mai 2002 die Landreform im südlichen Afrika. Zum ersten Mal wurde damit eine von der Regierung unabhängige Untersuchung durchgeführt, die von einem Zusammenschluss von NGOs in Auftrag gegeben wurde. „Sie waren besorgt über das langsame Tempo und die mangelnde Qualität der Bodenreform“, sagt Ruth Hall. Eine Studie auf nationaler Ebene sei nötig gewesen, um auf gesicherten Daten diskutieren zu können, welche Optionen zur Verbesserung der politischen Maßnahmen bestünden. Die Hauptfragen waren dabei, ob die Bodenreform überhaupt die Armut reduzieren und die Lebensumstände verbessern kann. Im August 2003 präsentierte PLAAS die Ergebnisse. „Viele unserer Punkte wurden von den Zuständigen sehr gut aufgenommen“, sagt Hall.

Die Grundstruktur der Bodenreform ist durchaus Erfolg versprechend. Die Regierung setzt auf drei Reform-Säulen: die Rückerstattung (restitution), die Umverteilung (redistribution) und die Sicherung der Rechte von Arbeitern (tenure reform). Und sie hat sich klare Ziele gesteckt: die insgesamt fast 64.000 Rückerstattungsforderungen sollen bis 2005 abgearbeitet werden, bis 2015 sollen rund 30 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in Südafrika umverteilt sein. „Um das zu erreichen, müssen jedoch mehr finanzielle Mittel mobilisiert werden“, meint Ruth Hall. Der Betrag, der für die Bodenreform zur Verfügung stehe, sei zwar in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, habe jedoch nie mehr als 0,4 % des gesamten Staatshaushaltes ausgemacht. Im Finanzjahr 2002/03 stellte die Regierungsbank rund eine Milliarde Südafrikanische Rand (rund 131 Mio. €, 1.000 ZAR = 131 €) zur Verfügung, im vergangenen und diesem Jahr waren es jeweils fast 500 Millionen Rand mehr. „Im Moment befinden wir uns in einem Wandel. Zwar wurde das Tempo der Reform beschleunigt, doch wir stehen immer noch vor der ganz großen Frage, wohin unser landwirtschaftlicher Sektor steuert.“

Es können auch schon erste Erfolge der Reform vorgewiesen werden: Bis Ende 2002 waren über die Hälfte der fast 64.000 Wiedergutmachungs-Forderungen abgearbeitet, durch das Umverteilungs-Programm hatten rund 130.000 Haushalte Land erhalten. Insgesamt wurden bis Mitte 2003 fast zwei Millionen Hektar durch die Bodenreform vergeben, das sind ca. 2,3 % des gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in Südafrika.

#### **4. Ein Scheck als Wiedergutmachung**

PAARL. Für den freudigen Anlass bietet sich ein tristes Bild. Der Himmel ist grau verhangen, es gießt in Strömen, und nur wenige der Menschen, die sich vor dem Maschendrahtzaun drängen, haben Regenschirme. Zwei Männer in dunkelblauen Anoraks und Kapuzen kontrollieren am Tor die Einladungskarten, denn heute dürfen nur bestimmte Personen das Gelände der Grundschule in Paarl betreten. Nur solche, die bei der Festveranstaltung an diesem 25. Oktober 2003 für ihre Enteignung in den 70er Jahren entschädigt werden.

Die Rückübertragung von Landrechten (restitution) ist die erste Säule der Bodenreform in Südafrika und im Restitution of Land Rights Act von 1994 geregelt. Die Gruppe der potentiellen Begünstigten ist klar definiert: Alle, die seit 1913 als direkte Folge der Rassendiskriminierungs-Gesetze enteignet wurden und damals keine gleichwertige Entschädigung erhalten haben. „Solch ein Anspruch musste bis zum 31. Dezember 1998 bei der Commission on Restitution of Land Rights geltend gemacht werden“, erklärt Sam Molepo von der Land Claims Commission (LCC) des Western Cape. Die Kommission ist die eigens für die Bearbeitung der Wiedergutmachungsansprüche vom Staat eingesetzte Behörde, die auf Provinzebene arbeitet und zwischen den Antragstellern und den derzeitigen Landbesitzern vermittelt. Insgesamt wurden in Südafrika 63.455 solcher Rückerstattungsanträge gestellt. 80 % der Anträge betreffen städtisches Gebiet, nur 20 % ländliches. Ursprünglich sollte der Wiedergutmachungs-Prozess 18 Jahre dauern, bis 2013, doch der zunehmende politische Druck erfordert eine schnellere Durchführung. Und so setzte Präsident Thabo Mbeki in seiner Rede an die Nation im Februar 2002 eine neue Deadline: bis Anfang 2005 sollen alle Rückerstattungsanträge abgewickelt worden sein.

In der Turnhalle von Paarl sitzen rund 150 Menschen auf roten Plastikstühlen und warten, dass die Zeremonie beginnt. Der Regen prasselt laut auf das Wellblechdach, es zieht durch die offenen Türen, und die Neonröhren an der Decke tragen ihren Teil zu der Kälte im Raum bei. Die meisten Menschen sind sehr alt, viele husten, eine Frau sitzt im Rollstuhl. Es

sind fast ausschließlich Farbige, mit Vorfahren aus Java oder Malaysia, bei den Xhosa oder Zulu. Auch Farbige wurden unter der weißen Regierung enteignet und mussten in eigens für sie vorgesehene Gebiete ziehen. „Das ist das Besondere am Westkap“, sagt Lauren Waring, Deputy Director for Operations im regionalen Büro der Land Claims Commission in Kapstadt. Die meisten ihrer Klienten seien Farbige. „Schwarz-Afrikaner lebten überwiegend in anderen Provinzen. Am Westkap hatten sie überhaupt keine Rechte und durften demnach auch kein Land besitzen.“

54 Ex-Besitzern und 40 Ex-Pächtern wird an diesem Tag ein Scheck überreicht. Von den insgesamt rund 1.000 Antragstellern in der Gegend um Paarl erhalten fast 90 % finanzielle Kompensation. „Bei der Höhe der Entschädigung orientieren wir uns am Wert des Landes zum Zeitpunkt der Enteignung, nicht am heutigen Marktwert“, erklärt Lauren Waring. Und genau da liege ein Problem. „Manche Menschen denken, sie bekommen den heutigen Preis für ihr Land.“ Für ein Haus und ein Stück Land mit weniger als 600 qm erhalten die Menschen im Durchschnitt 40.000 Rand (rund 5.250 €). Dafür können sie heute in manchen Gegenden kein Grundstück mehr kaufen, so wie in den Winelands rund um Paarl, wo der Boden sehr fruchtbar und teuer ist und vor allem Wein und Obst angebaut werden.

Aus Johannesburg ist der Chef der Commission of Restitution of Land Rights, Tozi Gwanya, nach Paarl gekommen. Er ist bei den Menschen sehr beliebt - als ob er persönlich das Land verschenken würde. „Wir müssen selber entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen soll“, propagiert Gwanya lautstark ins Mikrofon. „Es mag einige arrogante Weiße geben, die sagen: Jetzt haben die Schwarzen Land bekommen und machen nichts daraus. Aber wir dürfen die Fortschritte, die wir mit diesem Programm gemacht haben, nicht unterschätzen.“ Wenn man Südafrika mit anderen Ländern vergleiche, in denen eine Landreform durchgeführt wird, stehe man recht gut da, erklärt Gwanya den Menschen in Paarl. Doch denen scheinen im Moment andere Länder ziemlich egal zu sein. „In Neuseeland und Australien wurden nur 10 Prozent der Claims geregelt. In Kanada haben die meisten Indianer ihr Land immer noch nicht wieder, sie müssen weiterhin ihre Ansprüche über ein Gericht regeln“, betont Gwanya.

Bis Ende 1998 musste auch in Südafrika jede Forderung auf Land vom Land Claims Court entschieden werden – auch wenn sich die Parteien einig waren. Seit 1999 können die Ansprüche direkt von der Verwaltung bearbeitet werden; nur Streitfälle kommen vor Gericht. Früher dauerte die Bearbeitung eines Claims 12 bis 18 Monate, heute sind es im Durchschnitt vier bis sechs. „Wir müssen checken, ob der Antragsteller tatsächlich das Recht auf Wiedergutmachung hat, dann ordnen wir nach Prioritäten, z.B. haben Anträge von Gemeinden oder alten und kranken Menschen Vorrang“,



sagt Sam Molepo. Wird der Anspruch auf Wiedergutmachung anerkannt, gibt es folgende Möglichkeiten: Der Antragsteller erhält seinen ursprünglichen Landbesitz zurück (nur möglich mit Zustimmung des jetzigen Besitzers, nach dem „willing buyer-willing seller-Prinzip), erhält alternatives Land oder finanzielle Kompensation vom Staat. Der weitaus größte Teil der Forderungen wird finanziell entschädigt.

Die Menschen in Paarl haben fast acht Jahre auf ihre Entschädigung gewartet. Nun lassen sie auch noch die Reden geduldig über sich ergehen. Nach zwei Stunden kann das Austeilen beginnen. William John Abendse gehört zu den ersten, die in die Räume treten dürfen, in denen die Schecks ausgegeben werden. Der alte Mann reicht mit zittrigen runzeligen Händen seinen Ausweis, unterschreibt eine Quittung und nimmt den Scheck entgegen. Was dieser Tag für ihn bedeutet, kann er wie viele andere der alten Menschen nicht in Worte fassen. Die meisten sind zu bewegt, um auf Fragen zu antworten, schütteln einfach nur den Kopf. Der Vertreter der Gemeinde Cecil De Jager sieht in dieser Wiedergutmachungszeremonie einen bedeutenden Tag für die ANC-Regierung. „Die Menschen verloren ihre Häuser, ihre Heimat. Familien wurden über das ganze Land verstreut, und unsere Eltern und Großeltern starben mit Narben in den Herzen.“ Heute versuche der ANC, die Wunden mit Geld und der Rückgabe der Würde zu heilen.

Geld statt Land, sei für die meisten Menschen die bessere Option, meint Lauren Waring von der Land Claims Commission. „Bei vielen geht es ums tägliche Überleben.“ Doch das Verteilen von solch großen Summen berge auch Probleme. „In gewisser Weise nähren wir den Kreislauf der Armut weiter“, gibt Waring zu bedenken. Eine Studie ergab, dass viele Menschen, die mit Geld entschädigt worden waren, sich anschließend verschuldeten. „Eine alte Frau kaufte sich als erstes einen Fernseher und eine Stereo-Anlage; danach hatte sie 5.000 Rand Schulden.“ Bei den ersten finanziellen Entschädigungen holten die Menschen immer das ganze Geld auf einmal von der Bank ab, erzählt Waring. Und da jeder im Ort wusste, wer eine Kompensation bekommen hatte, war es ein Leichtes, demjenigen vor der Bank aufzulauern und ihn zu überfallen. Um solche Gefahren zu minimieren, können die Menschen jetzt kostenlos ein Bankkonto eröffnen. Und wenn sie Geld abheben, bekommen sie maximal 2.500 Rand auf einmal.

## 5. Bezirk mit Symbolkraft

KAPSTADT. District Six – so heißt heute das Synonym für die Vertreibung von 60.000 Menschen in der Apartheid und einer der größten Erfolge in der Geschichte der Wiedergutmachung. District Six – so hieß der sechste

Bezirk von Kapstadt seit 1867. Das Viertel am Fuß des Tafelbergs, in der Nähe von Hafen und Stadtzentrum, war die Heimat von Immigranten und befreiten Sklaven, von Händlern, Künstlern und Arbeitern, die von dort zu Fuß zu ihrer Arbeit im Hafen, der Innenstadt oder den Fabriken gingen. Menschen aller Hautfarben, kultureller und religiöser Herkunft lebten dort zusammen. „District Six war einfach multikulturell“, erinnert sich Linda Fortune. Malaiische Häuser standen neben viktorianischen; Inder, Juden, Schwarze und Weiße verkauften auf den schmalen Kopfstein-Gepflasterten Straßen ihre Waren, machten Jazz-Musik und unterhielten sich.

Linda Fortune ist 1949 im District Six geboren und aufgewachsen. Heute arbeitet sie im District Six Museum, das 1994 eröffnet wurde, um der Menschen zu gedenken, die gewaltsam umgesiedelt wurden, und ihnen einen Treffpunkt zu bieten. Wenn Linda erzählt, wird die Zeit von damals lebendig. 1950 erließ die südafrikanische Regierung Gesetze, die Menschen in verschiedene Rassen unterteilten und verboten, dass unterschiedliche Rassen im selben Viertel lebten - den „Group Areas Act“. Am 11. Februar 1966 wurde District Six zu einer rein weißen Gegend deklariert, und bis 1980 wurden insgesamt fast 60.000 Menschen gewaltsam entfernt – eine der größten gewaltsamen Umsiedlungen in Südafrika. Die Häuser wurden von Bulldozern zerstört, und obwohl viele Menschen über die Jahre Widerstand leisteten, blieb am Ende nichts übrig außer einigen Kirchen und Moscheen. „Better improvement“ nannte die Regierung solche Aktionen damals. Mit der Begründung, die Gegend durch Baumaßnahmen aufzuwerten, wurden Farbige und Schwarze vertrieben. Doch Linda sieht darin nur einen Vorwand. „Wir waren eine Bedrohung für die damalige Regierung. Wir lebten alle zusammen als Regenbogennation, im Geist von ubuntu, also Menschlichkeit und Kameradschaft.“

Linda wurde mit ihrer Familie in das Township Hannover Parc geschickt - markanterweise hatte man die neuen Townships nach den alten Plätzen und Straßen im District Six benannt. Das Haus der Fortunes war zwar neu, aber winzig klein und ohne heißes Wasser. „Aber das größte Problem war die Gegend“, sagt Linda. Es war sandig und dreckig. „Ein Ghetto von Anfang an.“ Außerdem lag das Township weit außerhalb der Stadt, so dass die Menschen lange Wege zur Arbeit im Hafen oder der Innenstadt zurücklegen und die teuren Züge benutzen mussten. Innerhalb weniger Monate stieg die Kriminalität; Linda und ihre Familie trauten sich abends nicht mehr auf die Straße.

Doch der eigentliche Plan der damaligen Regierung ging nicht auf: Die ehemaligen Bewohner des District Six machten weltweit für mehrere Jahrzehnte so eine starke Lobby-Arbeit, dass sich das internationale Interesse auf die Ungerechtigkeiten in Kapstadt konzentrierte und kein Unternehmen

dort investieren wollte. Nur eine technische Hochschule und kleinere Wohnsiedlungen wurden gebaut, noch heute zieht sich an dieser Stelle ein wenig bebauter Streifen durch Kapstadt. Am 26. November 2000 wurde der Großteil des ehemaligen Bezirks von Präsident Thabo Mbeki persönlich in einer großen Zeremonie an die Mitglieder des District Six Beneficiary and Redevelopment Trusts zurückgegeben. Dort, wo die Lücke des ehemaligen Multi-Kulti-Viertels klafft, werden jetzt neue Häuser gebaut. Anfang 2004 sind die ersten 24 Menschen wieder dort hingezogen - die ältesten noch lebenden Bewohner des ehemaligen sechsten Bezirks, alle zwischen 80 und 94 Jahren alt. Die nächsten 200 wurden schon ermittelt. Auch Linda hat für sich und ihre acht Geschwister einen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt. „Ich habe es geliebt hier zu leben, doch dann wurden wir gewaltsam weggeschafft. Zurückzukommen würde für mich bedeuten, meinen Lebenskreis zu schließen.“

## 6. Meetings bis zur Bewegungslosigkeit

TSITSIKAMMA. Rechts der Straße haben die Wiesen ein saftiges Grün, das Gras steht dicht, die darauf grasenden Kühe sind gut genährt und haben ein gepflegtes, schwarz-weiß glänzendes Fell. Links der Straße ist der Boden trocken, vereinzelt ragen braune, strohige Büsche heraus. Krumm zusammengezimmerte Drahtzäune teilen das Land in viele kleine Parzellen, auf jeder steht ein einfaches einstöckiges Steinhaus. Nach Landwirtschaft sieht hier nichts aus. Das Grundstück auf der rechten Seite der Straße gehört einem weißen Milchbauern aus Humansdorp; das auf der linken Seite der schwarzen Gemeinde der Mfengu.

Und dabei hätte die Gemeinde in Tsitsikamma ein Vorzeigebispiel werden sollen: Bereits im März 1994 - noch vor den ersten demokratischen Wahlen und dem Beginn der staatlichen Bodenreform - wurde dieser Fall vor dem Obersten Gerichtshof Südafrikas entschieden. Rund 1.500 schwarze Familien - fast 5.000 Menschen - waren 1977 aus dieser fruchtbaren Gegend der Provinz Eastern Cape, nur wenige Kilometer von der Küste und dem Tsitsikamma-Nationalpark, in das unwirtliche Kwaiskammahoek, mehrere hundert Kilometer weiter nördlich, zwangsumgesiedelt worden. Das Land war vom Staat in 19 Grundstücke aufgeteilt und an weiße Farmer verkauft worden. 1991 klagten 14 der schwarzen Familien auf Rückgabe des enteigneten Landes. Dabei wurden sie vom Legal Resources Centre (LRC) unterstützt, einer nationalen Anwaltskanzlei, die sich seit mehr als 20 Jahren auf besonders schwierige Verfassungsfragen, Menschenrechtsverletzungen und Fälle der Bodenreform spezialisiert hat, um Präzedenzfälle

zu schaffen. Das Zentrum mit Büros in fünf großen Städten des Landes wird über Spenden finanziert und kann Enteignete und Landlose daher kostenlos vertreten.

Kobus Pienaar war einer der Anwälte, die 1991 das Ergebnis erzielten, das damals alle Gemeindemitglieder so glücklich machte: die Gemeinde erhielt 6.000 der ursprünglich 8.000 enteigneten Hektar zurück, die 19 weißen Farmer wurden mit 36 Millionen Rand entschädigt. Der Tsitsikamma Development Trust (MFENGU) wurde gegründet, um die Interessen der Kläger zu vertreten und die fast zwei Millionen Rand zu verwalten, die die Regierung für Häuser und Umzüge zur Verfügung gestellt hatte. Die weißen Farmer hatten bis zum 31. Januar 1995 Zeit, das Land zu verlassen. Doch dann begannen die Probleme: Einige der Farmer leasen vom Trust das Land für weitere zehn Jahre. Das sollte der Gemeinde Geld für den Bau von Häusern und Infrastruktur bringen und die Instandhaltung der Farmen sichern, bis die Menschen zurückkehren konnten. „Doch die Gemeindemitglieder waren vom Trust nicht über die Pachtverträge informiert worden und verstanden nicht, dass immer noch Weiße auf ihrem Land lebten“, erklärt Pienaar. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Farmern, die Mitglieder des Trusts wurden ständig abgewählt und ausgewechselt. Pienaar ist die Enttäuschung über die nicht vorhandenen Ergebnisse anzumerken. „Dabei war es im Interesse aller, das Land zu verpachten, solange der Umzug organisiert werden musste.“ Auch seien viele unzufrieden gewesen, weil sie nicht die gesamten 8.000 Hektar erhalten hatten. Doch da das Land mit allen Verbesserungen wie Bewässerungssystemen, Dämmen, Zäunen, Ställen und Melkanlagen übergeben wurde, hatte der Staat den Wert dieser Einrichtungen berücksichtigt und darum weniger Land zugesprochen. Ein Antrag auf die verbliebenen 2.000 Hektar läuft noch.

Das Hauptproblem ist jedoch, dass es auch zehn Jahre nach Regelung der Besitzverhältnisse keinen Entwicklungsplan gibt und die Rückkehr der Menschen nach Tsitsikamma nur zögerlich vorwärts geht. Ein Großteil des Geldes, das vom Staat für den Umzug bereitgestellt worden war, ist verschwunden. Niemand will wissen wohin. Ein Besuch beim derzeitigen Vorsitzenden des Trusts lässt kaum Fragen über die Ursachen für den Misserfolg offen: Raymond Mzimkulu Duna kann weder zum Ist-Zustand der Gemeinde noch zu konkreten landwirtschaftlichen Plänen etwas sagen. Stattdessen weist er immer wieder auf die zahlreichen Meetings hin, die der Trust in regelmäßigen Abständen abhält. Stolz zeigt er die Protokolle dieser Meetings, die zwar detailliert die anwesenden Trust-Mitglieder auflisten, aber keinerlei Hinweise auf inhaltliche Arbeit geben. Wenn Duna inhaltlich wird, kritisiert er lediglich die Vergabe der Pachtrechte an die Farmer: „Das Land an weiße Farmer zu verpachten, muss der Regierung den Eindruck

vermitteln, dass wir noch nicht so weit sind, unser Land selber zu übernehmen. Darum ist die Regierung nicht bereit, uns zu helfen.“

## 7. Seltene Erfolge

HUMANSDORP. Eigentlich darf Charlie Josephs die Kohlköpfe gar nicht annehmen. Man könnte ihm Bestechlichkeit vorwerfen. Josephs arbeitet für das Ministerium für Landfragen der Provinz Eastern Cape in Port Elisabeth. Der kleine Mann mit dem malaiischen Einschlag ist ein fröhlicher Mensch. Jedes Mal, wenn er lacht, baumelt sein Handy, das ihm um den Hals hängt, vor seinem kugeligen Bauch. Inzwischen hat Josephs häufiger Grund zu lachen: nach langen Jahren der Arbeit zeigen die meisten seiner Projekte Erfolge. An diesem Tag ist er mit seinem Pick Up in der Gegend rund um Humansdorp unterwegs und besucht seine Klienten - Menschen, die über das Landumverteilungsprogramm im Rahmen der Bodenreform vom Staat Geld zum Kauf einer Farm bekommen haben. Und ihm dann bei seinen Besuchen gern das ein oder andere Gemüse mitgeben.

Die Landumverteilung zur landwirtschaftlichen Entwicklung (redistribution) ist die zweite Säule der Bodenreform und beim Ministerium für Landfragen angesiedelt. Um das Land proportional zur Bevölkerungsstruktur zu verteilen und die Armut in Südafrika zu bekämpfen, werden schwarze Afrikaner vom Staat beim Kauf von Land unterstützt. Sie erhalten Geld und können damit ein Stück Land aus Staatsbesitz oder von einem kommerziellen Farmer kaufen. Dabei gilt das „willing buyer-willing seller“-Prinzip, d.h. der Farmer muss sein Land oder Teile davon verkaufen wollen und den aktuellen Marktpreis dafür erhalten. „Um den richtigen Ort für jemanden zu finden, klären wir, was die Antragsteller mit dem Land machen möchten, was sie darüber wissen und wie groß der Besitz dafür sein muss“, erklärt Charlie Josephs. Dann suche man nach dem passenden Grundstück und schicke einen Experten hin, um Qualität und Wert des Bodens zu prüfen.

Michael Chabe bekam im Mai 2000 zwei Hektar in Lorie, einer kleinen Stadt bei Humansdorp im südlichen Zipfel der Provinz Eastern Cape, mitten im so genannten „food basket“. Die Region ist einer der großen Kartoffel-Lieferanten Südafrikas, bekannt für den nährstoffreichen Boden und die guten Erträge. Als Charlie Josephs auf das Grundstück kommt, stellt Chabe seinen alten grünen Traktor vor dem Haus ab, springt runter und ruft nach seiner Frau. Der Weg zum Haus führt vorbei an Feldern mit riesigen Kohlköpfen, einem Gemüsegarten mit Petersilie, Mais, Kürbissen, Zwiebeln und Erdnüssen und an den bunten Blumenbeeten von Frau Chabe. Überall liegen fingerdicke schwarze Plastikschläuche mit kleinen Löchern – Chabes

selbstkonstruiertes Bewässerungssystem. Der große kräftige Mann sprüht nur so vor Energie und Begeisterung für seine Farm, erzählt enthusiastisch, wie er gerade gegen Ungeziefer kämpft. In dem großen weißen Tank, der an seinem alten grünen Traktor hängt, hat Chabe Insektizide gegen Läuse angemischt. „Als wir hier herkamen, war nichts Drumherum“, erinnert sich der 54-Jährige. „Es sah aus, als wäre es unmöglich, hier Landwirtschaft zu betreiben.“ Doch Ehrgeiz und Wissen brachten Erfolg. Chabe arbeitete auf dem Land, seit er sieben Jahre alt war. Danach war er für fast 30 Jahre Lastwagenfahrer, bevor er als Vormann auf eine Farm ans Ostkap zurückkehrte. Als der Sohn des Farmers das Geschäft übernahm, musste Chabe gehen. Er bewarb sich für einen SLAG, einen staatlichen Zuschuss, und kaufte damit das Land und den Traktor. Die ganze Infrastruktur bezahlte er aus seiner Tasche.

Der Settlement Land Aquisition Grant (SLAG) war von 1994 bis 1999 das Hauptinstrument des Staates im Rahmen der Landumverteilung, das sich vor allem an die Ärmsten richtete. Nur Familien mit einem maximalen Monatseinkommen von 1.500 Rand konnten sich für diese Subvention bewerben; pro Haushalt gab es 16.000 Rand zum Bau eines Hauses oder zum Kauf einer Farm. Doch der Betrag war so gering, dass sich die Menschen zu Gruppen zusammenfinden mussten, um überhaupt eine halbwegs produktive Farm kaufen zu können. Oft scharte ein geschäftstüchtiger Schwarzer eine Gruppe von Bewerbern um sich, mit denen er das Land kaufte, um sie später auszubeuten. Das so genannte „rent a crowd-problem“. Nachdem die Landreform in den ersten Jahren sehr schleppend verlief, wurde der SLAG im Jahr 2001 durch ein neues Programm abgelöst, das sofort Besserung brachte: das Land Reform for Agricultural Development (LRAD) Programm. Diese Subvention ist nicht länger an eine Familie gebunden, jeder einzelne Erwachsene kann sie beantragen. Es gibt kein Einkommensmaximum mehr, und die staatlichen Zuschüsse erhöhen sich, wenn man selber Kapital – in Form von Geld, Sachbesitz oder Arbeitskräften - beisteuert. Das Problem ist nun allerdings, dass Arme und Reiche in demselben Programm im direkten Wettstreit liegen, und die Menschen mit mehr Geld mehr Land erstehen können. Es entsteht ein starkes Gefälle zwischen reichen und armen Schwarzafrikanern. Auch wer schon einen Zuschuss über das alte SLAG-Programm erhalten hat, kann sich noch einmal für einen LRAD bewerben. Michael und seine Familie sind insgesamt sieben, jeder kann sich für 20.000 Rand bewerben. Das hat Charlie ihnen empfohlen, denn so bekommen sie genug Geld zusammen, um die 37 Hektar große Nachbarfarm zu kaufen. „Wir werden ihnen helfen, einen guten Preis zu erzielen“, sagt Charlie Josephs, der sichtlich stolz ist auf Chabes Bestrebungen, von einem kleinen Subsistenzbauern zu einem kommerziellen Farmer zu werden.

Doch Michael Chabe ist ein seltenes Vorzeigebeispiel für die Erfolge der Bodenreform. „Im westlichen Teil des Ostkaps sind nur fünf von zehn Projekten erfolgreich. Rund um Humansdorp ist es sogar nur eines von zehn“, gibt Josephs zu. Viele beantragten die staatlichen Zuschüsse nicht, weil sie tatsächlich an Landwirtschaft interessiert seien, sondern um möglichst günstig an ein Haus zu kommen. Außerdem sähe keines der Subventionsprogramme eine weiterführende Begleitung und Beratung der neuen Landbesitzer vor. Und die wenigsten wüssten soviel über Farmarbeit wie Michael Chabe, sagt Josephs. Nach der Übertragung des Landes betreut das Ministerium für Landfragen die neuen Farmbesitzer noch für ein Jahr, dann schließt es die Akten, und das Landwirtschaftsministerium müsste übernehmen. Das sei jedoch bisher auf große produktive Farmen konzentriert und betrachte Subsistenzwirtschaft nicht als Landwirtschaft, kritisiert Charlie Josephs. Eine Wandlung in der Einstellung habe aber eingesetzt. „Wenn man nur ein paar Kohlköpfe für den Eigenbedarf anbaut, bringt das der Provinz zwar keinerlei Einkommen“, gesteht Josephs ein. „Aber es entlastet die Gesellschaft trotzdem, weil diese Menschen kein Arbeitslosengeld beantragen.“

## 8. Traditionelle Strukturen im ehemaligen Homeland

UMTATA. In der Transkei herrscht eine besondere Situation, da es sich bei diesem Gebiet im Nordosten des Ostkaps um ein ehemaliges Homeland handelt. Während der Apartheid waren die Homelands selbst verwaltete Reservate für die schwarze Bevölkerung, aufgesplittert nach ethnischer Zugehörigkeit und dominiert von traditionellen Autoritäten. Bis heute sind diese Regionen fest in schwarzer Hand, allerdings meistens nicht als individueller Landbesitz, sondern unter der Aufsicht eines traditionellen Führers, eines „Chiefs“. Das System der traditionellen Führer wurde von der Apartheidregierung unterstützt, und noch heute ist es in den Provinzen KwaZulu-Natal, Mpumalanga und Limpopo besonders stark vertreten. In der Transkei gibt es nur wenige Rückerstattungsansprüche, der größte Teil des Landes ist so genanntes „communal tribal land“, also gemeinschaftlich zu nutzendes Stammesland, das von einem Chief für die Gemeinde verwaltet wird. Wenn in der Transkei ein großes landwirtschaftliches Projekt starten soll, müssen alle beteiligten Chiefs zustimmen, erklärt Xolani Baqwa vom Eastern Cape Land Reform Office, der Provinz-Vertretung der Regierung: „Vor einigen Jahren wollte ein großes Unternehmen bei Umtata ein Mais-Entwicklungsprojekt starten und musste mit sieben Chiefs verhandeln. Nach zwei Monaten stimmten fünf zu, zwei waren dagegen; das

Projekt ist geplatzt. Sehr zum Schaden der Menschen in dieser Gegend.“ Diese traditionellen Rechte sind im heutigen Südafrika umstritten. Einige argumentieren, dass das traditionelle Stammeswesen ein Teil der südafrikanischen Gesellschaft und Kultur sei und deswegen erhalten bleiben müsse. Andere kritisieren, dass nicht jeder traditionelle Führer legitim gewählt und als Stammesführer geboren worden sei, sondern viele ihre Macht noch von der Apartheidregierung übertragen bekommen hätten.

Die Transkei ist zwar bekannt für den guten Boden, doch die Apartheidregierung machte es fast unmöglich, ihn landwirtschaftlich ertragreich zu nutzen. Große Teile wurden zu Naturschutzgebieten ernannt, die Menschen in total überfüllten Ballungszentren zusammengepfercht. Farmer durften nur Subsistenzwirtschaft betreiben, viele Männer arbeiteten in Minen und fielen als Arbeitskräfte im landwirtschaftlichen Sektor aus. Darauf begründen sich viele der Probleme, die in der Transkei heute noch vorherrschen: die Gesellschaft ist sehr arm, die Infrastruktur schlecht. Die Landschaft ist jedoch traumhaft schön: hügelig und saftig grün, jetzt am Ende des südafrikanischen Winters. Männer sitzen vor den traditionellen Rundhütten, Kinder spielen Fußball. Überall blitzt es silbern auf den Hügeln. Das sind die neuen Toilettenhäuser aus Wellblech mit der sich drehenden silbernen Lüftungshaube auf dem Dach. „Die hat die Regierung im vergangenen Jahr gebaut“, erklärt Simbongile Kamtshe von der Transkei Land Service Organisation (TRALSO). TRALSO ist die Nichtregierungsorganisation, die sich in der Transkei mit der Bodenreform befasst. In ganz Südafrika haben sich in den vergangenen Jahren unter dem Dach des National Land Committees solche Organisationen etabliert, die den Menschen helfen, ihre Ansprüche auf Land umzusetzen und somit ihre Lebensumstände zu verbessern. „Bis vor einigen Jahren gab es hier regelmäßig Cholera-Epidemien, weil die Abwässer das Grundwasser verseuchten.“

Simbongile ist auf dem Weg nach Mbolompo, einem 500-Seelen-Dorf 50 km von Umtata, der Hauptstadt der Transkei. Immer wieder muss sie halten und hupen, denn häufig versperren Kühe den Weg. Neben der Straße auf dem roten lehmigen Boden laufen fünf Frauen mit großen Holzbündeln auf den Köpfen. In den meisten Dörfern der Transkei haben die Menschen weder Strom noch Paraffin, sie kochen und heizen mit Holz. „Viele Menschen wissen hier immer noch nichts von ihren Rechten“, sagt Simbongile. Die schlechte Infrastruktur sei dabei ein Problem. Die Mitarbeiter von TRALSO müssen persönlich in jeden Distrikt fahren und den Menschen die Bodenreform erklären. Die Menschen in Mbolompo haben ein Recht auf Land: 1983 vertrieb die Regierung sie von ihrem ursprünglichen Heimatort und pflanzte dort einen Wald zur kommerziellen Holzproduktion an. Die Familien wurden auf Lastwagen zu einem anderen Stück Land gebracht



und erhielten 100 Rand für jedes zerstörte Haus. Ein neues kostete damals rund 500 Rand. Doch das Schlimmste für die Menschen war, dass der neue Staatswald auf den Gräbern ihrer Ahnen angelegt wurde. „In unseren Träumen erscheinen uns unsere Vorfahren und erzählen, dass das Gewicht der Bäume so schwer auf ihnen laste und die Wurzeln sie schmerzen“, erzählt eine Frau aus dem Dorf. Eine Legende besagt, dass ein alter Mann der Gemeinde damals gesagt haben soll, die Bäume würden dem Land an dieser Stelle nicht gut tun. Der alte Mann starb aus Gram über die geplanten Baumaßnahmen. Als die Bulldozer sein Haus zerstören wollten, bewegte es sich keinen Zentimeter. Seine Frau musste mit dem Geist des alten Mannes sprechen, erst dann fiel die Hütte zusammen.

Während die Menschen in Mbolompo auf die Bearbeitung ihres Antrags auf Wiedergutmachung warten, betreiben einige aus der Gemeinde mit Hilfe von TRALSO einen kleinen Gemüsegarten und verkaufen die Erträge auf Märkten in den Nachbardörfern. Ursprünglich machten 35 mit, doch den meisten war es zuviel Arbeit für zuwenig Geld. Jetzt sind noch zwölf dabei – elf Frauen, nur ein Mann. „Unsere Männer sind faul“, sagt eine der Frauen und weist mit der Hand auf drei Männer, die rauchend vor einem Haus sitzen. Die Frauen hingegen kümmern sich um die Kinder, das Haus und die Felder und tragen landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Kopf zum Markt.

Simbongile befürchtet, dass die Position der Frauen in Zukunft noch schwächer wird. Ein neues Gesetz für Landrechte, das im Januar 2004 verabschiedet wurde, könnte die Rolle der Chiefs stärken und die der Frauen und Arbeiter schwächen. Der Communal Land Rights Bill überträgt zwar Land vom Staat an die Gemeinden, schafft aber keine individuellen Eigentumstitel. Das Land soll dann von einem traditionellen Rat, der nur zu 40 Prozent gewählt werden kann und unter dem Vorsitz des traditionellen Chiefs steht, verwaltet werden. Ob sie Land an einzelne abgeben, liegt dann in ihrem Ermessen. Damit überträgt das neue Gesetz den traditionellen Führern die völlige Kontrolle über die Verwaltungsstruktur vor Ort. So werden über 40 Prozent der Menschen im Land weiterhin in einer Form von Abhängigkeit leben müssen, denn viele Chiefs wollen keinen Individualbesitz, da sie eine Beschneidung ihrer Macht befürchten. Besonders die Situation der Frauen kann das neue Gesetz die Lage verschlechtern: Wenn traditionelle Räte in Landfragen entscheiden, sind Frauen kaum zugelassen und besitzen wenig Mitsprache. Mit dem Tod des Ehemannes geht auch das von Frauen bewirtschaftete Land wieder in Männerhände über. Dass die ANC-Regierung neuerdings in dieser Frage den Chiefs den Vorzug gegenüber ihrer eigentlichen Klientel, den landlosen Individuen, gibt, galt als Wahltaktik. So hoffte der ANC wohl, für die Parlamentswahl im April 2004 Stimmen in den

Provinzen zu gewinnen, in denen die Chiefs und die traditionelle Inkatha-Partei große Macht innehaben.

## 9. Das Risiko alles zu verlieren

UNDERBERG. Manchmal ist der Frustrationspegel von Bheki Ndela ziemlich hoch. So wie heute. Seine Klienten haben gerade ein sehr gutes Angebot für ein Stück Land erhalten. Und wollen es nicht annehmen. Trotz guten Zuredens. Bheki arbeitet für das Legal Cluster Project (LPC) in KwaZulu-Natal, eine Organisation von Juristen der Uni in Pietermaritzburg und Mitarbeitern der Nichtregierungsorganisation AFRA (Association for Rural Advancement). Bheki und seine Kollegen helfen Farmbewohnern und Landarbeitern. Den Menschen, die in unklaren Besitz- und Arbeitsverhältnissen leben, soll das dritte Bein der Bodenreform – die Land Tenure Reform – Sicherheit bieten. Dabei unterscheidet man drei Gruppen: die Lohnpächter (labour tenants), Farm-Arbeiter (farm workers) und Besetzer (occupier). Dieser Bereich ist der schwierigste der Bodenreform, da er am wenigsten greifbar ist. Bisher wurden zwar einige Gesetze zum Schutz der Landlosen erlassen, doch ihre Umsetzung in der Praxis kann nur schwer überwacht werden. Das Legal Cluster Project hilft den Ärmsten, ihre Ansprüche auf ein Stück Land durchzusetzen oder eine illegale Vertreibung zu verhindern. Die Klienten müssen nichts dafür zahlen, da das Projekt aus offiziellen Geldern und Spenden finanziert wird. „Das Legal Cluster Project ist eine weitaus größere Bereicherung für die Bodenreform als viele Rechtsprechungen“, sagt Bheki, „denn wir befassen uns auch mit Einzelschicksalen. Das machen professionelle Juristen nicht.“ Die vier Anwälte und sechs Rechtsassistenten arbeiten an rund 800 Fällen in KwaZulu-Natal. „Unsere Arbeit ist besonders schwierig, weil viele unserer Klienten sie nicht verstehen. Sie gehören zu den Allerärmsten unserer Bevölkerung, die meisten haben keine Bildung und sind Legastheniker.“

Ihnen will Bheki helfen, so wie heute auf der Farm in Peweseny 14 km von Underberg in der Nähe der Drakensberge. Zusammen mit seiner Kollegin Thokozani fährt er in seinem Pick-Up über die braune Schotterpiste, vorbei an Wiesen mit braunem Gras. Seit Wochen scheint die Sonne, und es hat kaum geregnet, morgens um halb zehn sind es schon 30 Grad Celsius. Am Horizont sind im Morgendunst die Drakensberge zu sehen. Als Bheki am Büro der Farm hält, sind die Shezis schon da. Der 40-jährige Phendulania Suitbert Shezi, seine Mutter, sein Onkel und sein Cousin sind gekommen, um mit dem Farmer über die Übertragung eines Stücks der Farm zu verhandeln. Der Farmer und sein Anwalt Rob McCarthy zeigen den Shezis

das Stück Land, auf das sie und die anderen sechs Familien ziehen sollen. Der Farmer bietet ihnen 20 bis 30 Hektar landwirtschaftlich nutzbaren Boden, mit einem Bewässerungssystem und Strom. „Derzeit leben die sieben Familien zwar auf 45 Hektar“, sagt McCarthy, „doch der Boden ist absolut unfruchtbar, fast eine Wüste. Also wäre ein Umzug zu ihrem eigenen Besten.“ Ganz selbstlos ist das Angebot allerdings auch nicht – der Farmer möchte einen Stausee anlegen für Trockenzeiten wie diese. Und da ist die Siedlung der Arbeiter im Weg. Doch da sie seit Jahrzehnten dort leben und arbeiten, haben sie als Farmbewohner ein Anrecht auf Entschädigung.

Die Familie ist sich uneinig. Der junge Mann möchte das Angebot annehmen, sein Onkel will das Land mit den Gräbern seiner Ahnen nicht verlassen, der Cousin will mehr rausschlagen. Der Farmer kommt ihnen entgegen und bietet noch mehr Land und dem alten Mann die Möglichkeit, auf dem bisher besiedelten Stück bis zu seinem Lebensende zu bleiben. „Sie sollten dem Angebot zustimmen“, rät Bheki. Doch nach einer weiteren halben Stunde Beratung lehnen die Bhezi ab. Dem Labour Tenants Act zufolge können Menschen nicht zum Umziehen gezwungen werden, wenn sie so lange auf einem Stück Land gelebt haben; Farmer und Arbeiter müssen sich einigen oder vor Gericht ziehen. Familie Bhezi will es vor Gericht probieren.

Bei der Rückfahrt macht Bheki seinem Frust Luft: „Das ist ein typisches Problem. Viele unserer Klienten sind nicht bereit, sich auch nur einen Inch zu bewegen, auch wenn es zu ihrem Besten wäre.“ Viele würden einem Angebot aus Prinzip nicht zustimmen, um die Gesetze vor Gericht auf die Probe zu stellen. „Doch wer so wenig auf Kompromissvorschläge des Farmers eingeht wie die Bhezi, hat bei manchen Richtern schlechte Karten.“ Und Thokozani ergänzt: „Vergangenen August hatten wir einen Fall, in dem die Familie vor Gericht zog, obwohl sie ein sehr gutes Angebot bekommen hatte. Sie hat verloren. Alles. Sie verloren den Fall vor Gericht, verloren die angebotenen 120.000 Rand, verloren ihr Land und müssen bis 2005 weggezogen sein.“

## 10. Ohne Strom, Wasser und Zufahrtswege

HOWICK. Zwei leicht rostige silberfarbene Metallrohre ragen senkrecht aus dem Boden, daneben zieht sich eine frisch aufgeschüttete Spur aus rotem lehmigem Sand dahin. Das ist Familie Buthelezi von ihrem Wasseranschluss geblieben. Der Farmer, auf dessen Land die Buthelezi leben, hat ihnen vor drei Monaten das Wasser abgedreht, die Hähne abgeschraubt, die Rohre teilweise aus der Erde gerissen. Auch den Strom hat er abgestellt, und die beiden Zufahrtsstraßen mit Erdwällen unpassierbar gemacht. So möchte

er die Buthelezis von seinem Land vertreiben. Solche Schikanen wenden weiße Farmer gerne an, um unerwünschte Siedler loszuwerden. Doch diese Methoden sind illegal. Menschen wie die Buthelezis fallen unter den Schutz des Extension Security of Tenure Act (ESTA), dem zufolge ein Farmer Menschen nur mit einem Gerichtsbeschluss von seiner Farm vertreiben darf. Er muss beweisen, dass die Besetzer des Landes etwas Unrechtmäßiges getan haben. Wer auf fremdem Land siedelt, darf es nicht zerstören, und der Farmer darf ebenso wenig Strom, Wasser und Zufahrtsstraßen abschneiden. Und wenn man wie die Buthelezis viele Jahre auf dem Land gelebt und für den Farmer gearbeitet hat, sind die Rechte noch stärker.

Dennoch ist Ndoda Buthelezi in seinem Kampf gegen den Farmer auf die Hilfe anderer angewiesen. Der 82-Jährige ist schwer krank, total ausgegammelt und so schwach, dass er nur mit ganz leiser Stimme sprechen kann. Mit seiner Frau Ntombiza, seinen Kindern und Enkeln lebt er auf dieser Farm bei Howick. Die fünf Rundhütten aus Lehm sehen heruntergekommen aus, ein altes Fahrrad und zwei große Metallfässer liegen auf dem lehmigen Platz zwischen den Hütten, vier Hühner laufen herum, es riecht nach Mist. Als aus den einzelnen Regentropfen ein richtiges Gewitter wird, drängt sich die ganze Familie mit ihrem Besuch in eine der Hütten. Draußen gießt es in Strömen. Das Dach ist undicht, in einer Ecke tropft es rein. Nur noch auf einem der Gras-Dächer liegt eine Plastik-Folie, alle anderen hat der Farmer von seinem privaten Sicherheitsdienst mitnehmen lassen. Bheki und Thokozani vom Legal Cluster Centre haben für die Familie einen Antrag auf Subvention zum Landkauf gestellt und versuchen sie bis zur Klärung der Ansprüche vor den Schikanen des Farmers und einer illegalen Vertreibung zu schützen. Heute haben sie einen Richter aus Howick mitgebracht, der die Situation betrachten und dagegen vorgehen soll. „Das sieht hier ganz stark nach dem Versuch einer illegalen Räumung aus“, sagt Richter Mpanza.

Für die so genannten Lohnpachtverhältnisse gab es unter dem Apartheidssystem keinerlei Rechtssicherheit. Früher wurden viele Arbeiter nicht mit Geld bezahlt, sondern durften auf dem Land des Farmers leben und es zum Getreideanbau und für ihr Vieh nutzen. Diese Form der Abhängigkeit ist heute gesetzlich verboten, aber immer noch in den Provinzen KwaZulu-Natal, Mpumalanga und Limpopo zu finden. Das Gesetz ESTA erschwert die Entlassung und Vertreibung von Farmarbeitern und stärkt die Ansprüche der Lohnpächter auf das von ihnen bewirtschaftete Land. Die gesetzlichen Regelungen der neuen südafrikanischen Demokratie wurden jedoch von weißen Farmern dadurch unterlaufen, dass sie noch vor Inkrafttreten der neuen Gesetze die Arbeiter entließen und durch Saisonarbeiter, häufig illegale Einwanderer, ersetzten. Im Ergebnis sank die Zahl der registrierten Farmarbeiter dramatisch von 1,4 Millionen in 1994 auf nur noch 600.000

in 1997. In der Folge kam es zu einer massiven Verschlechterung der Beziehungen zwischen Farmbesitzern und Arbeitern sowie zunehmend zu Gewalttätigkeiten gegen weiße Farmer.

Auch die Farmer sind militanter geworden: viele beschäftigen private Sicherheitsdienste und lassen jeden, der ihr Land ohne Erlaubnis betritt, von der Polizei wegen illegalem Betretens verhaften. Auch Bheki, Thokozani und der Richter dürften eigentlich gar nicht bei den Buthelezis sein – sie haben den Farmer nicht um Erlaubnis gefragt. Bheki wurde schon mehrfach von Hunden oder bewaffneten Sicherheitskräften vom Land gejagt. Viermal wurde er sogar schon verhaftet.

## 11. Die Extremen unter der Landlosen

NEWCASTLE. Zu den Hütten von Sanna Mtuli und ihrer Familie zu kommen, erfordert einige Anstrengung. Sein Auto muss man vertrauensvoll am Rand der Landstraße abstellen und hoffen, dass die vorbei donnernden Lastwagen drum herum fahren, und die Polizei es nicht beschlagnahmt, weil man eigentlich gar nicht hier sein dürfte. Dann muss man durch zwei Stacheldrahtzäune krabbeln. Denn Sanna Mtuli lebt auf der Farm von Johan Kriek, zwischen Newcastle und Utrecht in der Provinz Mpumalanga. Und niemand außer der Familie Mtuli darf das Land betreten. Auch Mangaliso Khubeka vom Landless People's Movement nicht. Doch er schert sich nicht darum. Das Landless People's Movement gehört den radikalsten Bewegungen in Südafrika. Vor der Wahl im April 2004 propagierte es die „No land, no vote“-Kampagne, in der sie die Menschen aufforderte, die Wahl zu boykottieren, falls die Regierung nicht endlich ihren Versprechungen der Bodenreform nachkommen würde. Und drohten sogar mit Landbesetzungen. Doch diese Organisation hat nur geringe finanzielle Mittel und wenige Mitarbeiter. Die meisten sind selber Landlose, haben oft keine Ausbildung und keine Autos, um damit zu ihren Klienten auf die abgelegenen Farmen zu fahren.

Das Stück Land, auf dem Familie Mtuli lebt, erinnert an ein Gefangenenlager: Die drei Lehmhütten sind mit Stacheldraht umzäunt, drum herum nur verdorrte Felder. Die Kinder, die in ihren zerrissenen Kleidern hinter dem Zaun stehen, starren die ankommenden Besucher mit großen Augen an. Sanna Mtuli ist eine kleine zierliche Frau. Mit dem grünen Kopftuch und dem blauen Kittel über Rock und Bluse sieht sie jünger aus als 58. Sie führt uns in eines der drei Häuser, lässt uns auf den beiden Sofas Platz nehmen, setzt sich selbst auf den Boden und erzählt ihre Geschichte. Ohne zu zögern, ohne sich durch das Mikrofon stören zu lassen. Denn Sanna Mtuli ist froh,

dass ihr endlich mal jemand zuhört. Und dann auch noch eine Weiße, eine Journalistin, die vielleicht sogar etwas bewegen kann. Außer den Leuten vom Landless People's Movement hört ihr sonst nämlich niemand zu.

Und so erzählt Sanna Mtuli. Vom Tod ihres Sohnes, und wie sich damit ihr ganzes Leben änderte. Seit 15 Jahren lebt sie mit ihrer Familie auf dieser Farm, arbeitete erst mit ihrem Mann für den Farmer, nach seinem Tod mit den beiden ältesten Söhnen. Doch 1994 kaufte Johan Kriek die Farm, vertrieb die meisten der alten Arbeiter und beschäftigte stattdessen Saisonarbeiter. Die sind billiger und können keinen Anspruch auf sein Land anmelden. Als im April 2002 einer der Söhne von Sanna bei einem Autounfall starb, wollte der Farmer keinen von ihnen mehr auf seinem Land leben lassen. Es entwickelte sich ein Streit, in dem der Farmer das Vieh der Mtulis beschlagnahmte und sie die Arbeit verweigerten. Nun besteht ein Ultimatum bis zum 1. Januar 2004. Wenn die Familie bis dahin nicht das Grundstück geräumt hat, kommen die Bulldozer, droht Kriek. Da wird auch das Landless People's Movement kaum etwas ändern können. Der Claim der Mtulis ist auf den toten Sohn ausgestellt, und die Anträge sind an einzelne Personen gebunden. Stirbt der Antragsteller, verfallen die Ansprüche.

## 12. Angst vor Überfällen und Besetzern

ESTCOURT. Ein afrikanisches Farmertreffen wie aus dem Bilderbuch: 25 Männer und zwei Frauen sitzen in dem mit Holz getäfelten Raum, an dessen Wand die Namen der Vereinspräsidenten in große Messing-Platten graviert sind. Alle tragen khakifarbene Shorts und Hemden, haben ihre khakifarbenen Hüte auf die Knie gelegt. Ihre Haut ist sonnenegerbt, die Gesichter sind angespannt. Das Treffen der Estcourts Farmers Association hat einen unerfreulichen Anlass: Einige von ihnen haben ein Schreiben vom Ministerium für Landfragen erhalten – auf ihr Land wurde ein Claim erhoben.

Edsel Hohls hat nicht lange gezögert und dieses Treffen einberufen, um die Farmer über ihre Rechte zu informieren. Hohls ist der Vizepräsident von Kwanalu, der KwaZulu-Natal Agricultural Union, einer Interessenvertretung für weiße Farmer in KwaZulu-Natal. Hohls hat selber eine Zuckerrohr-Plantage in Kranskop, auf der auch ein Claim liegt. Er hat eine Power-Point-Präsentation vorbereitet, mit der er über den Ablauf einer Landforderung und die Möglichkeiten dagegen vorzugehen informiert. „Ein Claim richtet sich gegen den Staat, nicht gegen uns“, betont er immer wieder. „Das willing buyer-willing seller-Prinzip schützt uns. Man muss nicht verkaufen, wenn man nicht will!“ Gebetsmühlenartig wiederholt er diese Punkte, schwört die anderen Farmer darauf ein, zu kämpfen, wenn sie ihr Land behalten wollen.

In Südafrika besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Entschädigung und Enteignung. Zwar sind in der Verfassung Eigentumsrechte verankert, doch sie müssen gegen das allgemeine Interesse und die nationale Verpflichtung zur Bodenreform abgewogen werden. Tatsächlich ist es so, dass der Staat laut Verfassung das Recht auf Enteignungen besitzt, dieses Mittel aber bisher nur zwei Mal eingesetzt hat. Die Regierung bevorzugt einvernehmliche Lösungen mit den weißen Farmbesitzern, doch eine im März 2004 verabschiedete Änderung des Restitutionsgesetzes ermächtigt sie dazu, Enteignungen in Zukunft ohne Gerichtsbeschluss durchzuführen. Doch nach Angaben des Ministeriums für Landfragen seien weiße Farmer spätestens seit den Ereignissen in Simbabwe zunehmend bereit zu kooperieren; nur einzelne Farmer würden versuchen, den Preis in die Höhe zu treiben.

Viel mehr Angst machen Farmern wie Hohls die illegalen Besetzungen. „Mein Nachbar kann einen Teil seiner Farm vergessen“, sagt Hohls und zeigt auf die hügeligen Wiesen auf der anderen Seite des Tals. Dort haben sich mehrere Familien einfach niedergelassen und aus Holz, Blech und Pappe Verschlänge gebaut. „Wenn man diese Menschen und ihre Hütten nicht innerhalb von 24 Stunden von seinem Grundstück schafft, darf man sie laut Gesetz nicht mehr ohne Gerichtsbeschluss entfernen“, erklärt Hohls. Und das dauere so lange, dass sich in der Zwischenzeit noch mehr ansiedeln würden und man irgendwann ohnehin nichts mehr machen könnte.

Auch die Gewalt gegen weiße Farmer nehme zu, sagt Hohls. Vor vier Jahren sei ein Farmer deutscher Abstammung aus ihrer Gemeinde wegen seines Landes ermordet worden. „Schwarze fingen an, das Land zu besetzen, er bekam Morddrohungen am Telefon. Eines Tages wurde er auf seiner Farm angehalten, aus dem Auto gezerrt. Er musste sich hin knien und wurde von hinten in den Kopf geschossen.“ Zwei der Täter seien gefangen worden, dann auch ein Dritter, der noch in derselben Nacht angefangen haben soll auszupacken. „Ausgerechnet der konnte entkommen“, hebt Hohls hervor. Die Mörder konnten nie überführt werden, und auch ob der Mord tatsächlich etwas mit dem Streit um die Farm zu tun hat, ist nicht bewiesen. Die Familie des Ermordeten will das Land jedoch verkaufen.

Wie in diesem Fall ist bei den meisten Angriffen auf weiße Farmer nicht eindeutig zu beweisen, dass es tatsächlich um Landstreitigkeiten geht. Viele Südafrikaner meinen, es handele sich um die leider ganz normale Beschaffungskriminalität. Das südafrikanische Magazin *Farmer's Weekly* veröffentlichte im Herbst 2002 Statistiken der südafrikanischen Polizei über Farm-Attacken. Danach nahmen die Angriffe auf Farmen in den vergangenen Jahren tatsächlich zu: von 433 (in 1997) stiegen sie über 769 (in 1998) und 830 (in 1999) auf 906 im Jahr 2000. 2001 sollen es noch einmal mehr gewe-

sen sein, doch nach dem Bericht in Farmer's Weekly hindere die Regierung die Polizei daran, diese Zahlen zu veröffentlichen.

### 13. Eigeninitiative statt Komplettpaket

TUGELA FERRY. Eine Straße ist nicht zu erkennen. Nicht einmal eine Spur. Es ist einfach nur trockene, braune Steppe mit knorrigen und verdorrten Büschen hier und da. Doch Rauri Elcock lenkt seinen Jeep völlig sicher hindurch – als würde er einer tatsächlich vorhandenen Straße folgen. Schon seit fast einer Stunde. Diese Gegend in der Nähe von Tugela Ferry im Herzen von KwaZulu-Natal gehört zu den am dünnsten besiedelten Gegenden Südafrikas, zu den ärmsten, trockensten und am weitesten zurückgebliebenen. Hier tragen die Frauen noch glockenförmige Röcke aus Ziegenhäuten, und die Jungfrauen laufen barbusig herum. Als Rauri schließlich an seinem Ziel ankommt, strömen aus den fünf runden Lehmhütten Frauen und Kinder auf den Wagen zu. Für sie sind Rauris Besuche immer etwas Besonderes, denn meistens bringt er seinen einjährigen Sohn mit. So wie heute. Eine junge Frau nimmt ihn auf den Arm. Ihr Gesicht ist mit einer roten Lehmpaste bedeckt - zum Schutz vor der Sonne. Ihre Brüste sind nur mit einem hauchdünnen, um den Hals gebundenen Tuch bedeckt - zum Zeichen, dass sie noch Jungfrau ist.

Rauri Elcock arbeitet seit 1993 an der Bodenreform in Südafrika mit. In den ersten Jahren für die Regierung unter dem damaligen weißen Minister für Landwirtschaft und Landfragen Derek Hanekom. Doch als 1999 die Ministerin Thoko A. Didiza das Ministerium übernahm, wurden die meisten Positionen mit Schwarzen besetzt. Die Weißen wurden entlassen und sind heute fast alle für private Projekte oder Nichtregierungsorganisationen tätig. Rauri arbeitet seit 1998 im Bereich des post transfer support, d.h. er hilft Menschen, die Land erhalten haben, damit auch etwas anzufangen. Sein Arbeitgeber Church Agricultural Project (CAP) konzentriert sich auf nachhaltige Landwirtschaft und leistet absolute Basisarbeit. „Am Anfang der neuen Regierung war die Bodenreform ein soziales Thema“, sagt Rauri. „Es ging darum, das Land zurückzubekommen, das den Vorfahren weggenommen worden war.“ Doch heute würde man in Südafrika eine landwirtschaftliche Diskussion führen. „Wie viel Land braucht eine Familie, um davon überhaupt leben zu können, und wie fruchtbar und ertragreich muss der verteilte Boden sein.“ Man brauche funktionierende Beispiele, um der Regierung zu zeigen, wie Gemeinden auf ihrem Land erfolgreich sein könnten. Dabei setzt Rauri auf ein ganz einfaches Konzept: „Wir geben den Menschen nichts umsonst, außer unserem Wissen und unserer Unterstützung.“



Wir bieten kein fertiges Komplettpaket, die Initiative muss von ihnen ausgehen.“ Auch wenn das bedeutet, dass die Erfolge in ganz kleinen Schritten eintreten. In diesem Dorf arbeitet CAP seit 28 Jahren und noch immer leiden die Menschen an Armut. Eine Dürre wie in diesem Dezember trifft die Menschen hier besonders hart. „Das ist die schlimmste Dürre seit 1981“, erklärt Elcock, „30 bis 40 Prozent des Viehs sind gestorben.“ An diesem Tag setzt Rauri sich mit den Männern aus dem Dorf zusammen, um über den Anbau einer anderen Getreidesorte zu sprechen. Auf Steinen und wackeligen Strohstühlen sitzen die Männer in einem Kreis unter dem einzigen Schatten spendenden Baum und hören zu, wie Rauri ihnen erklärt, dass der moderne gezüchtete Mais in einer trockenen und unwirtlichen Gegend wie dieser einfach nicht gut wachsen könne und dass man besser auf traditionelles Saatgut zurückgreifen sollte.

Rauri glaubt an den Erfolg der Bodenreform, doch hat er auch einige heftige Kritikpunkte: „Manche Grundstücke, die für die Menschen im Zug der Bodenreform gekauft wurden und werden, sind einfach nicht für die Landwirtschaft geeignet“, kritisiert Elcock. Um eine Familie ernähren zu können, müsste man mindestens 2.000 Rand im Monat verdienen. Das sei auf vielen Farmen unmöglich. „Es gibt einfach zu wenige kleine Farmen mit gutem Boden.“ Die Regierung müsse große, kommerziell geführte Farmen aufteilen und in kleineren Stücken verkaufen.

#### 14. Hilfe aus dem Ausland

NELSPRUIT. Mary sitzt vor dem PC und zuckt mit den Schultern. „Nein, was ich sonst noch damit machen kann, weiß ich nicht“, gibt sie unumwunden zu. Die junge Frau weiß nur, wie sie die über den Computer gesteuerte und auf dem Bildschirm grafisch dargestellte Pumpe zur Bewässerung der Zitronenbäume an- und abschalten kann. Von Briefen, Tabellen und Internet hat sie noch nie etwas gehört. „Jemand muss mir mal beibringen, wie das alles geht“, sagt sie und geht wieder vor die Tür in die Sonne. Mary Mabaso ist Assistant Manager auf der Lowfeld Lemon Farm. Ihr Mann David Godfrey ist der Manager. Auch er weiß nicht, wie der Computer funktioniert. Für die meisten der neuen Landeigentümer wie David und Mary - überwiegend schwarze Mittel- und Kleinbauern - ist das größte Problem, dass sie über wenig landwirtschaftliche und keine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse verfügen, um eine gewinnbringende kleinbäuerliche oder sogar kommerzielle Farm zu führen.

Mary und David haben gute Chancen, es noch zu lernen. Sie sind mit ihrer Zitronenfarm Teil eines aus Deutschland geförderten Mentorenprogramms.

Seit Januar 2003 unterstützt die Deutsche Welthungerhilfe zusammen mit der Nichtregierungsorganisation Transval Rural Action Committee (TRAC) ein landwirtschaftliches Beratungs- und Ausbildungsprogramm in der Provinz Mpumalanga. Fast 550.000 Euro steckt sie in das Mpumalanga Management and Mentorship Programme, ein Pilotprojekt, das drei Jahre läuft, sechs Farmen umfasst und ein Vorbild für zukünftige Projekte des südafrikanischen Landwirtschaftsministeriums sein soll. „Die neuen Eigentümer und ihre Familien werden bei Ihrer Arbeit von privaten Mentoren, alles erfahrene Farm-Manager, beraten und ausgebildet“, erklärt Emile de Kock, Koordinator des Mentoren-Programms und Mitarbeiter von TRAC Mpumalanga. Als Gründungsmitglied der nationalen Dachorganisation National Land Committee hat sich TRAC zusammen mit anderen südafrikanischen NGOs dafür eingesetzt, dass Landrechte in der neuen Verfassung des Landes verankert wurden.

Bei den sechs am Projekt beteiligten Farmen handelt sich um - zuvor von Weißen betriebene, kommerzielle Farmen mit einem guten landwirtschaftlichen Potential, das allerdings schon zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht mehr voll ausgeschöpft wurde. Die neuen Eigentümer, die zum Teil aus nahe gelegenen Gemeinden stammen oder ehemalige Farmarbeiter sind, haben die Farmen mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft und Landfragen erworben. Ihre Hoffnungen auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, Einkommen und Wohnbedingungen sind jedoch bisher nicht erfüllt worden. „In der Vergangenheit gab es keine Mentorenprogramme auf offizieller Ebene“, erklärt de Kock. „Es gab keine Betreuung nach dem Landtransfer. Wir stellen jetzt sicher, dass auf den Farmen eine stabile Struktur entsteht und dass jeder in der Gruppe weiß, was auf der Farm vor sich geht.“ Es bringe nichts, technische und Managment-Unterstützung zu leisten, wenn nicht auch eine Organisationsstruktur eingeführt werde.

Ein bis zwei Tage pro Woche kommt der Mentor turnusmäßig auf die Farm; wenn es Probleme gibt, auch zwischendurch. Er kennt sich in der Zitrusbranche gut aus. Neben der Lowfeld Zitronenfarm betreut er noch zwei weitere Projekte sowie seine eigene Farm, etliche Jahre arbeitete er für einen großen Zitrusexporteur. „Wir haben ihm keinen genauen Plan vorgegeben, sondern nur ein paar Ziele und das Budget abgesteckt“, erklärt de Kock die Arbeitsweise. Das Ministerium für Landwirtschaft und Landfragen sehe inzwischen die dringende Notwendigkeit zu einer weitergehenden Förderung und unterstütze das Konzept. Es wurde von der Regierung beauftragt, bis zum Jahre 2006 ein Umsetzungsprogramm zu entwickeln (CASP – Comprehensive Agricultural Support Package). Doch da den staatlichen Stellen personelle und finanzielle Kapazitäten für eigene praktische Erfahrungen fehlen, sind sie auf solche Pilotprojekte nichtstaatlicher Organisationen angewiesen.

## 15. Private Initiativen

WINELANDS. Tommy Fortuin ist ein außergewöhnlicher Mann. Das zeigt sich schon auf den ersten Blick - an der goldumrandeten Brille, die er trägt. Sie verleiht dem zierlichen schwarzen Mann in dem für Weinberg-Arbeiter typischen blauen Arbeitsanzug einen intellektuellen Ausdruck. Fast etwas Aristokratisches. Verstärkt wird das Ganze durch den Aktenkoffer aus weinrotem Leder mit den silbernen Zahlenschlössern. Und wenn Tommy Fortuin seine Geschichte - und damit die Geschichte von Fairvalley - erzählt, bestätigt sich der erste Eindruck: Hier ist etwas Außergewöhnliches passiert.

Der 54-jährige Fortuin lebte in den sechziger Jahren bereits einige Zeit auf Fairview, dem Weingut der Familie Back, das in den Winelands östlich von Kapstadt liegt. 1988 kehrte er zurück und arbeitet seither für Charles Back. Genau wie viele andere Männer und Frauen. Doch vor fünf Jahren wurden diese Angestellten zu Landbesitzern – als Tommy Fortuin mit Charles Back zu einer Landauktion ging. „Bei einem Gebot sagte Mr. Back plötzlich zu mir ‚Tommy, jetzt ist deine Zeit zum Mitsteigern gekommen‘“, erzählt der kleine Mann mit zittriger Stimme. Back habe ihm zu verstehen gegeben, dass er diese 18 Hektar Land in unmittelbarer Nähe seiner Farm für seine Arbeiter kaufen wolle. „Ich wollte, dass sie ihre eigenen Häuser, ihr eigenes Land haben können“, sagt Charles Back heute. Als Enkel eines enteigneten Letten, der in Südafrika mit einer Weinfarm einen Neustart geschafft hatte, weiß Back, was es heißt, seiner Heimat beraubt worden zu sein. Seine Arbeiter sollten ihr eigenes Geschäft aufbauen können. „Es ist eine win-win-Situation“, erklärt der Weinbauer. „Ich bin nicht länger Arbeitgeber und Vermieter in einem, und sie sind viel motivierter und arbeiten mehr.“

Statt völlig überstürzt ihr eigenes Geschäft zu starten, gingen die 80 Männer und Frauen, denen von da an das neue Weingut „Fairvalley“ gehörte, langsam und überlegt vor. Mit Hilfe von Back bewarben sie sich für staatliche Zuschüsse und bauten davon zuerst Häuser auf ihr Land. Parallel begannen sie mit der Ausbildung. Tommy Fortuin belegte einen Kurs für Unternehmensgründer. Mehrere Wochen lang fuhr er nach der Arbeit in den Weinbergen zur Fortbildung nach Stellenbosch, jeden Abend von 17 bis 22 Uhr. Er hatte Spaß am Lernen. „Das steckt mir im Blut“, sagt Fortuin, lacht sein herzliches Lachen und erzählt voller Stolz und Selbstbewusstsein, dass er als Kind zur Schule gegangen ist und bereits mit 14 begonnen hat, regelmäßig Zeitung zu lesen. Jetzt ist er der Vorsitzende der Fairvalley-Farmarbeiter und war für sie schon in den Niederlanden und in England, um Agenten für den Vertrieb ihres Weins zu finden. Inzwischen verkaufen sie Chenin Blanc, Pinotage und seit 2003 Chevignon Blanc. Allerdings

noch aus fremden Trauben, die sie kaufen, da sie ihre eigenen Weinberge erst noch anlegen müssen. „Wir sind eine der ersten Black Empowerment Gruppen“, hebt Tommy hervor. „Wir treffen unsere eigenen Entscheidungen, haben Angestellte, ein eigenes Bankkonto, zahlen für unsere Flaschen und Etiketten. Wir sind 100 Prozent unabhängig.“ Das ist auch Charles Back sehr wichtig. Die ersten Jahre hat er kostenlos seine Geräte und seinen Weinkeller zur Verfügung gestellt, und ist natürlich zur Stelle, wenn es mal Probleme geben sollte, aber eigentlich möchte er sich so weit wie möglich raushalten. Und so entschieden die Mitglieder von Fairvalley auch ganz allein über das neue – sehr geschmackvolle – Label für ihre Flaschen: zwei stilisierte Hände und darüber der Werbeslogan von Fairvalley „The hands that work the soil feed the soul.“ Auch an die Zukunft der Kinder wird auf Fairvalley gedacht: Ebenso wie einige andere der Jugendlichen hat Tommys 24-jährige Tochter Sherlene in Stellenbosch Weinkunde studiert, war für einige Monate in den Niederlanden und arbeitet jetzt für die South African Agriculture Academy.

Auch auf Nelson's Creek, nur wenige Kilometer von Fairview entfernt, haben farbige Farmarbeiter ihre eigenen Weinberge erhalten. Auch hier hat der Weinbauer, Alan Nelson, seinen Arbeitern ein Stück Land geschenkt und ihnen die ersten Jahre Trauben, Bewässerungssysteme und Einrichtungen des Weinkellers kostenlos zur Verfügung gestellt. Nelson gab seinen Arbeitern elf Hektar, als Dank dafür, dass sie dem hauptberuflichen Anwalt geholfen haben, preisgekrönter Wein anzubauen. „Wir trennten die Weinberge und unter dem Namen New Beginnings konnten meine Arbeiter ihren eigenen Wein mit ihrem eigenen Label anbauen und verkaufen“, erzählt Nelson. Doch die Gruppe scheint nicht glücklich: Die 16 Familien rund um den farbigen Arbeiter Solly Skippers haben zwar nun ihre eigenen Weinberge und gehören zu den ersten Farbigen in Südafrika mit Landbesitz, doch da sie die staatlichen Zuschüsse von 240.000 Rand komplett für den Aufbau ihres Geschäfts genutzt haben, leben sie noch immer auf dem Land von Nelson, in den selben kleinen, heruntergekommenen Häusern. Keiner aus der Gruppe spricht Englisch; um mit Solly sprechen zu können, muss der weiße Vorarbeiter oder ein anderer farbiger Arbeiter, der von der Gruppe nicht sonderlich gemocht wird, übersetzen. In Afrikaans, der Sprache der ehemaligen Unterdrücker, oder Xhosa. Der 56-jährige Solly steht unbeteiligt daneben, dreht seinen Hut in den Händen. Er scheint sich unwohl zu fühlen, aber auch ganz froh zu sein, dass der Übersetzer nicht jede Frage an ihn weiterleitet, sondern immer häufiger selber antwortet. Keiner der Arbeiter weiß etwas von Großproduktion, Marketing, Vertrieb oder Export. Und so drohte ihr kleines Weingeschäft zu scheitern, bevor es richtig losgegangen war. Darum baten Solly und die anderen Arbeiter Alan Nelson im vergangenen Jahr, sich

für sie um die Vermarktung ihres Weins zu kümmern. Und begaben sich damit wieder in eine Form der Abhängigkeit vom ehemaligen Herrn.

## 16. Fazit

Im Grunde ist Südafrika mit seiner Bodenreform auf einem guten Weg. Dadurch dass die Reform in der Verfassung verankert ist, ist sie ein öffentlich anerkanntes Mittel, um die negativen Relikte der Vergangenheit zu beseitigen: Rassismus, Armut und Ungleichheit. Zur Umsetzung der Reform wurden neue Gesetze erlassen, neue Institutionen geschaffen – und die ersten Menschen haben auch schon davon profitiert. Die ganz große Errungenschaft Südafrikas ist, dass man versucht, bestehende Probleme gemeinsam anzugehen und nach dem Zusammenbruch der alten Regierung kein Bürgerkrieg zwischen Weißen und Schwarzen entbrannt ist.

Doch gibt es auch viele Kritikpunkte am bisherigen Verlauf der Reform und Handlungsbedarf für die Zukunft. Die Landreform vollzieht sich schleppend und erfüllt keinesfalls die Erwartungen der meisten Landlosen. Das größte Problem sind mangelnde finanzielle Mittel und Manpower. Das Ministerium für Landfragen ist mit seinen 700 Mitarbeitern sehr klein und mit der großen Zahl der Anträge überfordert und daher auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen angewiesen. Doch scheint auch der politische Wille zu fehlen. Die Regierung müsste mehr Geld zur Verfügung stellen und auch mal zu Enteignungen greifen. Doch der Staat verfolgt eine neo-liberale Makroökonomie, die seine Einmischung in die Wirtschaft einschränkt, besonders wenn die Umverteilungsmaßnahmen mit den Interessen der kommerziellen - überwiegend weißen – Großfarmer kollidieren. Außerdem gab es einen deutlichen Wechsel von einem Programm, das sich an die Armen und Landlosen wandte, hin zu einem, das auf die Schaffung einer neuen sozialen Klasse von kommerziellen Farmern abzielt.

Um das angestrebte Ziel, bis 2015 30 % des Bodens umverteilt zu haben, erreichen zu können, müsste man die derzeitige Vergabe-Rate verfünffachen. Auch die von Präsident Mbeki gesetzte Deadline in Bezug auf die Rückerstattung ist illusorisch und eher kontraproduktiv. Es ist nahezu unmöglich, in den derzeitigen Rahmenbedingungen bis 2005 die ausstehenden Rückerstattungsansprüche abzarbeiten. Durch solche, den Realitäten nicht angemessene und zu eng gesteckten Zeitvorgaben wachsen Frustration und Wut bei den Landlosen und der Druck bei den Ausführenden. Man versucht, so schnell wie möglich die vorgegebenen Restitutions- und Redistributionszahlen zu erreichen – auch wenn das bedeutet, dass man sich nicht genug

Zeit nehmen kann, zu prüfen, wer tatsächlich Land beantragt, um als Farmer zu arbeiten. Die Qualität leidet auf Kosten der Quantität.

Ganz dringend muss auch an dem so genannten Post-Transfer-Support gearbeitet werden, einem der schwächsten Punkte der Bodenreform. In den ersten zehn Jahren der Reform gab es keine nationale Strategie für die Entwicklung der Landwirtschaft nach der Übergabe von Boden, es fehlte eine Verbindung zwischen der Landreform und der landwirtschaftlichen Weiterentwicklung. Den Preis zahlen die neuen Landbesitzer, die ihren Boden oft nicht effizient nutzen können und dann unter Umständen wieder verlieren. Die verschiedenen Ministerien und Kommission müssen enger zusammenarbeiten und ihre Kernkompetenzen ausweiten, um sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Auch die immer noch schwache Position der Frauen, die traditionell starke Rolle der Chiefs und die große Zahl von Menschen, die nicht rechtzeitig einen Rückerstattungsanspruch geltend gemacht haben und noch einmal die Chance dazu erhalten wollen, sind noch ungeklärte Probleme. Es ist sogar immer noch umstritten, ob es überhaupt sinnvoll ist, so viele Menschen in den ohnehin kränkelnden Agrarsektor zu bewegen und ob die Menschen in Südafrika tatsächlich Land brauchen oder nicht doch eher Jobs und Häuser. Leider ist auch die Haltung vieler derer, die bisher von der Bodenreform profitiert und Land erhalten haben, nicht immer besonders produktiv. Es ist nicht nur ein Problem, das manche nur mangelnde Kenntnisse von Landwirtschaft und Geschäftsführung haben – oft fehlt das Engagement, sich das nötige Wissen anzueignen.

Doch eines ist klar: Alle Beteiligten haben aus den vergangenen zehn Jahren gelernt und versuchen nun, das anfängliche Stückwerk zu einer Erfolgsgeschichte mit System zu machen. Dennoch ist es schwierig, den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden, also sowohl die Interessen einzelner als auch der nationalen Wirtschaft zu berücksichtigen und dabei Frieden im Land zu wahren. Und so wird die Bodenreform auch in den kommenden Jahren eine der ganz großen Herausforderungen für das neue Südafrika bleiben.

[www.heinz-kuehn-stiftung.de](http://www.heinz-kuehn-stiftung.de)

## Impressum

Copyright ©

Herausgegeben von der Heinz-Kühn-Stiftung

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes und Redaktion:

Staatssekretärin a.D.: Heide Dörrhöfer-Tucholski

Mitarbeiterin: Ute Maria Kilian

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, elektronische Dokumentation, Tonträger jeder Art, auszugsweise Nachdruck oder Einspeisung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

Gesetzt aus der Times New Roman und Futura

### Druck

jva druck+medien, Geldern

Printed in Germany



Staatskanzlei  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen

